



Geschäftsführung Ausschuss Soziales und Senioren

Herr Diener

Telefon: (0221) 221 - 27467

Fax: (0221) 221 - 29047

E-Mail: sebastian.diener@stadt-koeln.de

Datum: 24.10.2017

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 22.06.2017, 15:30 Uhr bis 18:40 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Paetzold	SPD
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Dr. Walter Schulz	SPD
Frau Maria Verena Fontanazza-Russo	CDU
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Christoph Klausning	CDU
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen
Frau Luisa Schwab	Grüne
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stephan Pohl	CDU	Vertreter von Herrn RM Welter
-------------------	-----	-------------------------------

Beratende Mitglieder

Herr Markus Wiener	pro Köln
Frau Figen Maleki Balajou	LiL

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Müller	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
---------------------	---------------------------------------------------------------

Beratende Mitglieder

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD
-------------------------------	-----------------------

Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Herr Markus Peters	auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen
Frau Monika Reisinger	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Scheffer	DIE LINKE.
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Marita Bosbach	Deutsches Rotes Kreuz
---------------------	-----------------------

Beratende Mitglieder

Herr Peter Krücker	Caritasverband
Frau Stella Shcherbatova	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Christof Wild	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Herr Thilo Fußén	Aidshilfe Köln e.V.

Beratende Mitglieder

Herr Dr. Dr. Herbert Mück	Seniorenvertretung der Stadt Köln
---------------------------	-----------------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Thomas Welter	CDU	vertreten durch RM Herr Pohl
--------------------	-----	------------------------------

Beratende Mitglieder

Herr Marcel Hagedorn	SPD
Herr Tobias Scholz	Gute Wählergruppe Köln
Herr Dr. Roland Quinten	AfD
Frau Carolina Brauckmann	Rubicon e.V.

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
------------------------	----------------------

Beratende Mitglieder

Frau Vicky Püllen	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Günter Jachtner	auf Vorschlag der CDU
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Carsten Effert	Arbeiterwohlfahrt
Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Monika Kuntze	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Marc Ruda	DRK Kreisverband Köln
Frau Martina Schönhals	Diakonisches Werk Köln und Region
Herr Alexander Sperling	Synagogen-Gemeinde Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins Seniorenvertretung der Stadt Köln

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold eröffnet die Sitzung und heißt alle willkommen.

Er schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 4.8, 4.9 und 4.10 in die Beratungsfolge zu schieben, da diese zu kurzfristig für eine Beratung innerhalb der Fraktionen vorgelegen haben.

RM Frau Heuser bittet darum, TOP 11.1.1 in die nächste Sitzung zu verschieben.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold merkt an, dass der TOP zu 4.2 falsch einsortiert worden sei und zu 4.3 gehöre.

Des Weiteren fehle bei Punkt 18.1 im Nicht-öffentlichen Teil der Sitzung ein Teil der Unterlagen. Daher schlage er vor diesen Punkt in die nächste Sitzung zu verschieben.

SE Frau Maleki Balajou bittet darum, die Mitteilung unter TOP 12.7 in die nächste Sitzung zu verschieben.

RM Herr Detjen schlägt vor, TOP 11.1.3 ebenfalls in die nächste Sitzung zu schieben.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold teilt mit, dass die TOPs 11.2.9 und 11.2.10 ebenfalls zu kurzfristig auf die Tagesordnung genommen worden sei und daher auch in die nächste Sitzung geschoben werden solle.

Außerdem sei es sinnvoll TOP 12.8 zusammen mit TOP 9.4 zu behandeln.

Dies gelte für die TOP 10.1, 10.2 und 10.3 welche zusammen mit TOP A behandelt werden solle.

Hinzu komme, dass die Verwaltung TOP 12.6 zurückgezogen habe, da hier Unterlagen nicht mehr rechtzeitig gedruckt werden konnten.

Die Tagesordnung wird **einstimmig** wie folgt festgelegt:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A.
Vortrag der KVB "Sachstand zum Thema E-Scooter"

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der SVK 9
S-Bahnhaltestelle Holweide

3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss betr. Vergabe eines Rahmenvertrages über die Wartung und Reparatur der Bühnen-, Licht-, Ton- und medientechnischen Anlagen sowie die Technikbetreuung bei Veranstaltungen in den städtischen Bürgerhäusern/Bürgerzentren
1003/2017

3.2 Abschluss eines Rahmenvertrags für Umzüge, Transporte und Entrümpelungen in Obdachlosen-, Geflüchteten-, Asyl- und Aussiedlereinrichtungen
1597/2017

4 Ausschussempfehlungen an den Rat

4.1 Entwicklungskonzept Chorweiler
für den Sozialraum Blumenberg, Chorweiler, Seeberg-Nord
1070/2017

4.2 Standorte zur Errichtung von temporären Unterkünften für Geflüchtete - Genehmigung und Baubeschluss
0567/2017

4.3 Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung und überplanmäßige Mittelbereitstellung 2017
0544/2017/1

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke und der Gruppe Piraten zu 4.3
AN/0951/2017

4.4 Ausweitung des Platzangebotes für von Gewalt betroffene Frauen (im Frauenhaus)
3804/2016

- 4.5 Benennung der Vertreterin/des Vertreters und deren Stellvertretung für den Betriebsausschuss der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "aKDn- sozial" 1022/2017
- 4.6 Sachstand zur Entwicklung eines Kommunalen Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms für Langzeitarbeitslose 1691/2017
- 4.7 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017 1766/2017
- 4.8 Zuschuss an den MachMit! e.V. zur Schaffung und Bereitstellung von Wohnraum für von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen 1059/2017
- 4.9 Bürgerzentrum Alte Feuerwache - Baumaßnahme "Ertüchtigung der Wagenhalle" im Rahmen des Sonderprogramms NRW "Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen" hier: Beschluss Kostenerhöhung 0070/2017
- 4.10 Ausbau der Kommunalen Integrationszentren NRW durch das Land 1100/2017

5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

7 Wohnen

- 7.1 Anfragen und Beantwortungen
- 7.2 Öffentlich geförderter Mietwohnungsbau
Verlängerung des Zinsmoratoriums 2016/2017 um fünf Jahre bis 2022 1131/2017
- 7.3 Wohnberechtigungsschein - Reduzierung der Dringlichkeitsstufen 1618/2017

8 JobCenter Köln

- 8.1 Anfragen und Beantwortungen
- 8.2 Bericht des Jobcenter Köln 1747/2017

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

9.1 Anfragen und Beantwortungen

9.2 2. Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
1869/2017

9.3 15. Bericht zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen
1893/2017

10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

10.1 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG
hier: Stellungnahme der KVB AG vom 06.04.2016 und Urteilsbegründung des
OLG Schleswig
1670/2016

10.2 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG
hier: Stellungnahme der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in
der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur Stellungnahme der KVB
AG vom 06.04.2016 - 1670/2016
1715/2016

10.3 Mitnahmeverbot für E-Scooter bei der KVB AG
1745/2017

10.4 Bericht des Behindertenbeauftragten 03/2017
1771/2017

11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

11.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

11.1.1 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend
"Vermittlungsstelle Seniorinnen- und Seniorenjobs"
AN/0283/2017

Antwort der Verwaltung zu TOP 11.1.1
1107/2017

11.1.2 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend
"Präventive Hausbesuche stärken"
AN/0286/2017

Beantwortung einer Anfrage betreffend "Präventive Hausbesuche stärken"
0733/2017

- 11.1.3 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Einschränkung des gender- und kultursensiblen Beratungsangebots für erwerbslose Frauen"
AN/0288/2017

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates der Fraktion Die Linke vom 09.03.2017:
Einschränkung des gender- und kultursensiblen Beratungsangebots für erwerbslose Frauen
1199/2017

- 11.1.4 Anfrage der Piraten-Gruppe betreffend "Wie hat sich die Zahl der Abschiedungen aus Köln entwickelt?"
AN/0360/2017

Beantwortung einer Anfrage betreffend "Wie hat sich die Zahl der Abschiedungen aus Köln entwickelt?"
1195/2017

- 11.1.5 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Wohnraum für benachteiligte Personengruppen"
AN/0151/2017

Beantwortung einer Anfrage betreffend "Wohnraum für benachteiligte Personengruppen"
0483/2017

11.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

- 11.2.1 Anfrage der Piraten-Gruppe betreffend "Widersprüche gegen Bescheide und Sanktionen des Jobcenters in Köln"
AN/0823/2017

- 11.2.2 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Detjen in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren am 27.04.2017 zu TOP 4.1 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2017
1703/2017

- 11.2.3 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Selbsthilfeförderung im Wohnungsbau"
AN/0842/2017

- 11.2.4 Beantwortung der Anfrage von SE Frau Maleki Balajou zur Mitteilung TOP 12.11 Integration von geflüchteten Frauen in den Arbeitsmarkt (1271/2017)
1783/2017

- 11.2.5 Anfrage der Piraten-Gruppe betreffend "Wieso wird der Köln-Pass nicht automatisch versendet?"
AN/0929/2017

- 11.2.6 Problemimmobilien in Köln – was tut die Stadtverwaltung?
AN/0940/2017
- 11.2.7 Auswirkungen der Pflegestärkungsgesetze (PSG) I, II & III; hier: Beantwortung von mdl. Nachfragen zur Mitteilung 1187/2017 (Beantwortung der Anfrage AN/0279/2017)
1849/2017
- 11.2.8 Beantwortung einer mdl. Anfrage zur Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017 (1142/2017)
1812/2017
- 11.2.9 Beantwortung einer Anfrage betreffend "Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende"
1927/2017
- 11.2.10 Förderung von Wohnungen mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen und der Stadt Köln im Jahr 2016 (Mitteilung 0563/2017), Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren am 09.03.2017, ergänzende Mitteilung 1198/2017 zur Sitzung am 27.04.2017)
1967/2017

11.3 Mündliche Anfragen

12 Mitteilungen

- 12.1 Integration von geflüchteten Frauen in den Arbeitsmarkt
1271/2017
- 12.2 Wege in Arbeit – Unterstützungsmöglichkeiten für Zugewanderte
1273/2017
- 12.3 Integriertes Handlungskonzept "Starke Veedel - Starkes Köln"
Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung für den Sozialraum Meschenich und Rondorf
1420/2017
- 12.4 Integriertes Handlungskonzept "Starke Veedel - Starkes Köln"
Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung für den Sozialraum "Buchheim und Buchforst sowie Mülheim-Nord und Keupstraße"
1534/2017
- 12.5 KOMM-AN NRW
Programm zur Förderung der Integration von Flüchtlingen in den Kommunen und zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe – Sachstandsbericht 2017
1862/2017

- 12.6 Rucksack, Koordinierte Sprachförderung und Elternbildung, Fotodokumentation
1853/2017
- 12.7 Beantwortung der Anfrage des Integrationsrates vom 09.01.2017 -
AN/0029/2017
1553/2017
- 12.8 Beantwortung einer Anfrage der Piraten-Gruppe betreffend "Gewaltschutz-
konzept für Kölner Flüchtlingsunterkünfte" - AN/0728/2017
1707/2017

I. Öffentlicher Teil

A.

Vortrag der KVB "Sachstand zum Thema E-Scooter"

Herr Höhn trägt bezüglich des Themas „Sachstand E-Scooter“ vor.

-Die Präsentation des Vortrages ist der Niederschrift beigelegt.-

SB Herr Ladenberger teilt als Vertreter der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik mit, dass die Gefährdungsstudie von 2014 die physikalischen Bedingungen in Straßenbahnen nicht berücksichtigte. Dennoch setzte die KVB das Mitnahmeverbot seit Dezember 2014 auch für Bahnen um, obwohl sich dieses Gutachten nur auf Busse bezog. Es gebe in der Folge mehrere technische Studien zur Machbarkeit beispielsweise im Auftrag des Verkehrsministeriums NRW.

Außerdem gebe es eine sehr unterschiedlich gelebte Praxis in Deutschland bezüglich der Mitnahme der E-Scooter in Bahnen. Viele Verkehrsbetriebe nehmen E-Scooter in Straßenbahnen mit, wie beispielsweise die Städte Berlin, Bielefeld, Bremen, Düsseldorf, Freiburg, Hamburg, Hannover, Leipzig etc.

Das wichtigste Argument seitens der KVB sei gewesen, dass die Fahrer oder Betriebsleiter persönlich haftbar gemacht werden können, wenn etwas geschehe. Das Verkehrsministerium NRW, welches ein haftungsrechtliches Gutachten in Auftrag gegeben habe, fasse dieses Gutachten dahingehend zusammen, dass die Verkehrsunternehmen die Verrichtungsgehilfen (die Fahrer oder Betriebsleiter) von der Haftung freistellen können.

Ein Busfahrer müsse einem E-Scooter-Fahrer beim Einstieg, z.B. durch Betätigung der Rampe, beim Einstieg helfen. Wenn der Busfahrer dabei erkenne, dass der E-Scooter falsch positioniert sei, sei er verpflichtet, eine entsprechende Warnung zu geben. Unterlasse er dies, hafte der Fahrer zunächst selbst wegen vermuteten Verschuldens. Sofern ihm nicht Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit vorzuwerfen seien, werden dabei innerbetriebliche Freistellungsansprüche gegenüber seinem Arbeitgeber entlastend wirken.

Ein grob fahrlässiges oder gar vorsätzliches Verhalten des Fahrers könne in Bahnen praktisch nicht vorkommen, weil er im Gegensatz zum Busfahrer nicht beim Einstieg hilft und demzufolge eine Falschaufstellung nicht zwangsläufig erkennen muss.

Der Erlass für Busse gebe eine ausdrückliche Freigabe für die Mitnahme von E-Scootern in Linienbussen. Hierfür gebe es einige technische Voraussetzungen, die erfüllt werden müssten. Des Weiteren werden hier gewisse Schulungen empfohlen, um den E-Scooter richtig auf engstem Raum, wie dies in Bussen der Fall ist, zu manövrieren.

Für die Mitnahme in Bahnen könne man diese Richtlinien in sinnvoll abgeänderter Form übernehmen. Man könne des Weiteren die maximale Gesamtlänge auf 1,40 Meter bei den Bahnen erweitern, da nur ca. 30% aller genutzten E-Scooter kürzer als 1,20 m sind.

Des Weiteren verweist er auf die Sitzung des Sozialausschusses vom 25.02.2016, in der RM Frau Heuser folgende Fragen an die Verwaltung stellte:

1. Handelt es sich bei der geschilderten Vorgehensweise um eine Ungleichbehandlung unterschiedlicher Nutzergruppen des ÖPNV sowie mitgeführter Gegenstände?

2. Die Herstellung von Mobilität gehört zu den Leistungen der Daseinsvorsorge, das Recht auf Mobilität ist in der UN-BRK als wesentlicher Anspruch im Kontext gleichberechtigter Teilhabe definiert. Erforderlichenfalls sind besondere Vorkehrungen zu treffen, um die Inanspruchnahme dieses Menschenrechts zu gewährleisten. Ist das Recht auf Mobilität oder die seitens der KVB geäußerten haftungsrechtlichen Bedenken höher einzustufen.
3. Welches Recht hat die Stadt Köln, vom Aufgabenträger die Erbringung der Leistung zu verlangen?
4. Welches Risiko trägt die Stadt Köln oder deren Organe, wenn sie die Mitnahme von E-Scootern anordnet.

Diese Fragen seien bisher unbeantwortet.

Darüber hinaus seien die Kölner Behindertenorganisationen gerne bereit, lösungsorientierte Gespräche mit der KVB zu führen. Es habe seit Ende 2015 keinen direkten Austausch mehr gegeben.

Allerdings halte er weitere Verzögerungen für den Betroffenenkreis für nicht mehr zumutbar.

Er empfehle, die Übernahme der Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik.

Nach einer regen Diskussion kam es zu folgendem Fazit:

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau sagt die Prüfung zu, ob ein Anweisungsbeschluss durch den Rat möglich sei. Das Ergebnis werde dem Ausschuss vorgelegt.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, dass die Vorlage mit den Tagesordnungspunkten 10.1, 10.2 und 10.3 zusammen behandelt wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der SVK 9 S-Bahnhaltestelle Holweide

Die Verwaltung wird beauftragt, die Deutsche Bahn AG aufzufordern, unverzüglich durch eine zumindest teilweise Erhöhung der beiden Bahnsteige der S-Bahnhaltestelle Köln-Holweide / Höhenhaus Behinderten, Benutzern von Rollatoren und Personen mit Kinderwägen das Einsteigen ohne fremde Hilfe zu ermöglichen.

Die zuständigen Ausschüsse, der Ausschuss Soziales und Senioren und der Verkehrsausschuss, sind über die Reaktion der Deutschen Bahn AG zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss betr. Vergabe eines Rahmenvertrages über die Wartung und Reparatur der Bühnen-, Licht-, Ton- und medientechnischen Anlagen sowie die Technikbetreuung bei Veranstaltungen in den städtischen Bürgerhäusern/Bürgerzentren 1003/2017

SB Frau Schmerbach fragt, ob im Bedarfsfall die städtischen Bürgerhäuser ihr technisches Equipment auch Einrichtungen in freier Trägerschaft zur Verfügung stellen und ob die „freien“ Bürgerzentren einem solchen Rahmenvertrag beitreten könnten.

Herr Kroh antwortet, dass auf Anfrage dieser Austausch von technischem Equipment möglich sei.

Die freien Träger agieren eigenständig. Es sei nicht vorgesehen, dass diese in dem Rahmenvertrag eingebunden werden.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold merkt an, dass der alte Rahmenvertrag am 30.06.2017 ausläuft und der neue Rahmenvertrag bei einer EU-weiten Ausschreibung wohl nicht zum 01.07.2017 abgeschlossen sein werde. Er fragt, warum erst jetzt eine Neuausschreibung der Leistungen initiiert werde. Außerdem fragt er wie die Zeit zwischen dem Ende des alten Vertrages und Anfang des neuen Rahmenvertrages überbrückt werde.

Herr Kroh antwortet, dass seitens der Bürgerhausleitungen irrtümlich von einer Verlängerungsoption im laufenden Rahmenvertrag nach Laufzeitende zum 30.06.2017 ausgegangen worden sei. Der neue Rahmenvertrag werde voraussichtlich zum 01.01.2018 in Kraft treten. Für die Interimszeit werde in Abstimmung mit 14 und 27 der Auftragnehmer des laufenden Rahmenvertrages zu den dortigen Konditionen per Einzelvergabe weiter verpflichtet.

Beschluss:

Gemäß § 5 (1) der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln stellt der Ausschuss Soziales und Senioren den Bedarf für die Vergabe eines Rahmenvertrages über die Wartung und Reparatur der Bühnen-, Licht-, Ton- und medientechnischen Anlagen sowie die Technikbetreuung bei Veranstaltungen der städtischen Bürgerhäuser/ Bürgerzentren (Bürgerhaus Stollwerck, Bürgerzentrum Deutz, Bürgerzentrum Chorweiler, Bürgerhaus Kalk) mit einem jährlichen Gesamtumsatz von ca. 95.000 Euro netto fest.

Die Laufzeit des Rahmenvertrages beträgt zwei Jahre. Dem Auftraggeber wird die Option eingeräumt, den Vertrag durch einseitige Erklärung um weitere zwei Jahre zu verlängern.

Die erforderlichen Mittel sind für die Haushaltsjahre 2017 ff. in entsprechender Höhe in den Haushaltsansätzen des Teilfinanzplanes 0507 - Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren eingeplant.

Ein Vergabevorbehalt wird nicht ausgesprochen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

3.2 Abschluss eines Rahmenvertrags für Umzüge, Transporte und Entrümpelungen in Obdachlosen-, Geflüchteten-, Asyl- und Aussiedlereinrichtungen 1597/2017

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold unterbricht die Sitzung für eine kurze Beratungspause aufgrund der Kurzfristigkeit der Beschlussvorlage.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold eröffnet die Sitzung nach einer fünfminütigen Beratungspause wieder.

Außerdem teilt er mit, dass es offensichtlich keine Dringlichkeit gebe, da eine Ausschreibung geplant sei – und kein bestehender Rahmenvertrag auslaufe.

RM Frau Gärtner möchte dieser Vorlage nicht zustimmen. Es gebe in diesen Bereichen etliche Sozialorganisationen, die dort tätig seien, die von Einzelvergaben profitiert haben. Wenn man einen Rahmenvertrag abschließe, schließe man diesen mit nur einem ab und alle anderen Träger seien außen vor.

Dies müsse vor einer Beschlussfassung geklärt werden.

SB Herr Dr. Schulz schließt sich der Meinung an. Wichtig sei zudem, dass der Ausschuss den Bedarf für einen Rahmenvertrag nachvollziehbar dargelegt bekomme und mitgeteilt würde, wer diesen Bedarf so einschätzt.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4 Ausschussempfehlungen an den Rat

4.1 Entwicklungskonzept Chorweiler für den Sozialraum Blumenberg, Chorweiler, Seeberg-Nord 1070/2017

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold liest eine ihm vorliegende Mail vor bezüglich der Beratung und Beschlussfassung im JHA. Das Ausschussmitglied SB Frau Schmerbach habe im JHA zur Bürgerbeteiligung an der Erstellung des Entwicklungskonzeptes nachgefragt. Diese Frage sei mit Verweis auf die Veranstaltung „Ideenschmiede Chorweiler“ beantwortet. Hierzu gebe es eine Mitteilung für die BV Chorweiler, welche den Unterlagen als Tischvorlage zur Kenntnisnahme beigelegt sei.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:

Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt das Entwicklungskonzept Chorweiler in Anlage 1 für den Sozialraum Blumenberg, Chorweiler, Seeberg-Nord mit seinen Planungs- und Handlungsempfehlungen gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage des beschlossenen Entwicklungskonzeptes Chorweiler mit der Erstellung eines 'Integriertes Handlungskonzeptes' (IHK Phase 2) zwecks Fortschreibung des bisherigen vom Rat am 20.12.2016 beschlossenen sozialraumspezifischen Einzel-IHK für den Sozialraum Blumenberg, Chorweiler, Seeberg-Nord (Phase 1) im Rahmen des Leitkonzeptes „Starke Veedel - Starkes Köln“.
3. Das fortgeschriebene IHK (Phase 2) mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Stabilisierung und Weiterentwicklung des Sozialraums und als Grundlage zur Einwerbung von weiteren staatlichen Fördermitteln für den Sozialraum Blumenberg, Chorweiler, Seeberg-Nord ist dem Rat mit den Ergebnissen einer Öffentlichkeitsbeteiligung zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Die im Entwicklungskonzept Chorweiler aufgezeigten Potenzialflächen innerhalb des Sozialraum-gebietes sind nach Maßgabe des beschlossenen Entwicklungskonzeptes weiter zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4.2 Standorte zur Errichtung von temporären Unterkünften für Geflüchtete - Genehmigung und Baubeschluss 0567/2017

RM Frau Gärtner führt hierzu aus, dass sich eine Art Vorratshaltung entwickelt habe und die Standorte meistens nicht voll belegt seien.

Ihrer Fraktion sei es ein Anliegen, dass insbesondere die großen Einrichtungen zunächst voll belegt werden sollen, sodass nicht Einrichtungen gebaut werden, die eigentlich nicht erforderlich seien. Dabei solle man berücksichtigen, wie viele Personen schon in den einzelnen Stadtteilen untergebracht worden seien, um auch dies gleichmäßig zu verteilen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:
Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

1. Der Rat genehmigt die zur Sicherstellung der städtischen Unterbringungsverpflichtung erfolgte Errichtung einer Unterkunft
 - a) mit 60 Unterbringungsplätzen in Form gemieteter mobiler Wohneinheiten zur temporären Unterbringung von Geflüchteten auf dem Grundstück **Westerwaldstraße 100 / Volpertusstraße, 51105 Köln, Gemarkung Poll, Flur 38, Flurstücke 806, 1266, 1272.**
 - b) mit 480 Unterbringungsplätzen in Form gemieteter Leichtbauhallen zur temporären Unterbringung von Geflüchteten auf dem Grundstück **Butzweilerhof-Allee / Anna-Lindh-Straße, 50829 Köln, Gemarkung Longe-rich, Flur 8, Flurstück 1585.**
 - c) mit 240 Unterbringungsplätzen in Form mobiler Wohneinheiten zur temporären Unterbringung von Geflüchteten auf dem Grundstück **Wilhelm-Schreiber-Straße, 50827 Köln, Gemarkung Müngersdorf, Flur 80, Flurstück 732, (jetziger Sportplatz)**, und beschließt die weitere Umsetzung der Maßnahme.
2. Die Finanzierung der Maßnahmen unter Ziffer 1 wird durch den Rat genehmigt:

Im **Haushaltsjahr 2016** wurden investive Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen (Finanzstelle 5620-1004-4-5182, Wilhelm-Schreiber-Straße) in Höhe von 300.000,00 € in Anspruch genommen. Die Mittel wurden innerhalb des Teilfinanzplanes 1004 im Rahmen einer Sollumbuchung von der Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-Wohnheime, bereitgestellt.

Für die erforderlichen zahlungswirksamen Aufwendungen im Haushaltsjahr 2016 in Höhe von insgesamt 1.357.570,06 € waren im Teilergebnisplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in der Teilplanzeilen 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Mittel in Höhe von 763.604,74 € und Teilplanzeile 16 – sonst. ordentliche Aufwendungen, Mittel in Höhe von 593.965,32 € veranschlagt.

3. Der Rat beschließt für das **Haushaltsjahr 2017** die Bereitstellung investiver Auszahlungsermächtigungen für die unter Ziffer 1 genannten Maßnahmen in Höhe von insgesamt 7.048.062,63 € im Rahmen einer Sollumbuchung innerhalb des Teilfinanzplanes 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen (zu Lasten der Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-Wohnheime) für die bauliche Herrichtung und Umsetzung der Maßnahmen.

Für die notwendige Erstausrüstung sind im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 09 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, investive Auszahlungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 276.998,42 € vorgesehen.

Für die mit der Errichtung und dem laufenden Betrieb der unter Ziffer 1 benannten Einrichtungen verbundenen Aufwendungen sind im Haushaltsplan 2016/2017 für das Haushaltsjahr 2017 im Teilergebnisplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, entsprechende Ermächtigungen eingeplant: Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von insgesamt 12.989.310,05 €, Teilplanzeile 14 – Aufwendungen für Abschreibungen in Höhe von insgesamt 439.811,36 € sowie Teilplanzeile 16 – sonst. ordentliche Aufwendungen in Höhe von insgesamt 2.344.775,49 €. Der Mittelbedarf für die Folgejahre verteilt sich gemäß den Anlagen Finanzübersicht und ist bei der weiteren Haushaltsplanung zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4.3 Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung und überplanmäßige Mittelbereitstellung 2017 0544/2017/1

RM Herr Detjen berichtet, dass die Verwaltung die ursprüngliche Vorlage kurz vor der Aprilsitzung des Rates zurückgezogen habe. In der letzten Sitzung des Sozialausschusses habe es dann hierzu eine Mitteilung gegeben.

Die Vorlage sei in den beratenden Gremien kontrovers diskutiert worden. Aus der Diskussion heraus entwickelten sich erforderliche und wünschenswerte Nachbesserungen. In der Mitteilung wurde auch angesprochen, dass die betroffenen Akteure vom Runden Tisch für Flüchtlingsfragen (RTF) an der Erstellung der Vorlage partizipieren können. Auf der Sitzung des RTF habe dann die Verwaltung gesagt, dass dies nicht

mehr geplant sei. Dies wurde jedoch wieder eingefordert und im Protokoll ausführlich erwähnt.

Dies habe man seitens der Verwaltung jedoch ignoriert.

Die neue Vorlage sei weitgehend identisch mit der ursprünglichen Vorlage. Das heiße, die alte Berechnungsmethode der Stunden sei weiterhin die mehrfach kritisierte Berechnung nach Stellen. In der Zwischenzeit habe es einen Prüfbericht des Rechnungsprüfungsausschusses gegeben, der einfordere, dass Arbeitszeiten im Bezug zu Flüchtlingen nach den realen Stundenzahlen geprüft und berechnet werden sollen.

Die alte Vorlage sah ein Gesamtvolumen von 1,96 Mio. Euro vor. Die neue sehe 1,5 Mio. Euro vor. Es seien mit der neuen Vorlage, obwohl faktisch nichts anderes drin steht, 400.000 Euro gespart worden, da es keine Turnhallenbelegung mehr gebe.

Er sei nicht erfreut über die Vorlage und das gesamte Verfahren. Er könne auch den guten Willen der Verwaltung nicht erkennen.

Daher der Antrag mit der realen Umsetzung des 1:60 Beschlusses und man wolle, dass die Willkommensinitiativen 175.000 € statt 50.000 € bekommen.

SB Frau Schmerbach teilt mit, dass Stärkungen des Ehrenamtes durch die Zusetzung von Stellen in den Einrichtungen selbst erfolgt seien. Zum anderen solle das Bezirksamt eine halbe Stelle bekommen, aber auch freie Träger.

Sie fragt, ob diese ausgeschrieben werden oder ob diese an die Träger der Unterkünfte angebunden werden und wenn ja, wer das sei.

RM Frau Heuser sagt, dass es im Laufe der Zeit einige Diskussionen gegeben habe. Die Verwaltung habe bereits berichtet, dass durch die Aufgabe der Turnhallen Personal bereits auf andere Unterkünfte verteilt wurden. Insofern sei eine Verbesserung bereits eingetreten, die bereits von Herrn Ludwig mit Zahlen belegt wurde.

Die Kosten seien nun niedriger als vorher, da man nun auch ein paar Monate weiter sei als noch bei der alten Vorlage.

Die Verwaltung habe bezüglich des Punktes 2f) zugesichert bezüglich des Punktes 2f) erst zu schauen wie die Bedarfe seien. Hier könne man jedoch nachsteuern.

Die Grünen würden bei dem Beschluss, den man im Integrationsrat getroffen habe, bleiben wollen. Die Kritik der Grünen bezog sich vor allen Dingen auf den Punkt 2, die Stärkung des Ehrenamtes. Dies sei jedoch mit der neuen Vorlage erledigt.

RM Frau Hoyer antwortet, dass man diese Diskussion schon im Integrationsrat hatte und sie möchte darauf hinweisen, dass unter Nichtbeteiligung der Fraktion DieLinke dort einstimmig in Abstimmung mit den Migrantenvetretern beschlossen worden sei. Sie appelliere, dass man bei dieser Vorlage möglichst zu einem Konsens komme. Dies sei auch das Votum am RTF gewesen, selbst wenn der ein oder andere Wunsch nicht berücksichtigt werde. Dies sei ein wichtiges Signal.

Bedenken der FDP-Fraktion habe man in dieser Vorlage aufgegriffen.

Sie sei auch nicht der Meinung, dass man die über die gesunkenen Kosten hinausgehenden ursprünglich veranschlagten Beträge unbedingt verteilen müsse, nur damit man diese ausgabe. Man müsse bedarfsgerecht ausgeben.

Es sei ihr auch nochmal wichtig, was die Verwaltung im Integrationsrat gesagt habe, nämlich dass sie natürlich auch noch andere Träger dabei hatten. Dazu gehöre beispielsweise die ehrenamtliche muslimische Flüchtlingshilfe. Es sei allen wichtig, dass das deutlich werde, dass wir eine breite Beteiligung bekommen. Dies wurde sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen.

RM Frau Gärtner schließt sich ihren beiden Vorrednerinnen an. Man sehe im Gegensatz zur alten Vorlage einen Fortschritt.

Die CDU-Fraktion möchte, dass es nun endlich zur Umsetzung komme. Man könne immer noch etwas zusetzen, es müsse aber finanzierbar sein und Sinn machen. Außerdem gehe man davon aus, dass die Verwaltung den Ausschuss über die Ergebnisse der nächsten Schritte unterrichte, insbesondere bezüglich des Ehrenamts.

Daher sei es richtig, dass heute so in unveränderter Form zu beschließen, damit man voran komme.

Beigeordneter Herr Dr. Rau antwortet, dass er die partielle Verärgerung verstehen könne, da diese Vorlage schon sehr lange unterwegs sei. Man habe jetzt in der Tat aber Verbesserungen erzielen können. Früher galten die Mindeststandards von 1:80 in der Betreuung Geflüchteter. Die Verwaltung habe nachweisen können, dass dieser Schlüssel schon vorzeitig auf 1:60 verbessert werden konnte. Es habe jedoch mehr Möglichkeiten für Gespräche geben können. Hier habe die Zeit nicht mehr gereicht. Die Verwaltung habe in der Beschlussvorlage bereits angekündigt, dass vor Beauftragung diese Arbeitsgruppe einberufen werden soll, um abschließend über Inhalte und Rahmenbedingungen und Stellenprofile zu sprechen.

Herr Oster ergänzt, dass in drei Bereichen personelle Verstärkungen geplant seien.

Der erste Bereich seien die großen Einrichtungen, die unter besonders schwierigen Bedingungen arbeiten müssen. Hier sei der Hintergrund, dass die Heimleitungen eng mit dem Ehrenamt zusammenarbeiten. Durch die Größe der Einrichtung seien diese arbeitstechnisch jedoch so stark belastet, dass sie eine Entlastung erfahren müssen, damit das Ehrenamt gut mit dem Hauptamt harmonieren kann. Diese Stellen werde man bei dem Träger der Einrichtung einrichten.

Der zweite Bereich seien die Stellen in den Bezirksbürgerämtern. Die Ehrenamtler vor Ort benötigen Ansprechpartner in den Verwaltungen, um gewisse Netzwerke aufzubauen und den Zugang zur Verwaltung zu erhalten. Diese Stellen werden im Stellenplan der Verwaltung der Stadt Köln angesiedelt.

Der dritte Bereich seien Koordinatorenstellen, die bei Konflikten zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen eingreifen können. Diese Stellen müssen aber noch qualifiziert beschrieben werden. Wenn man dies getan habe, werde entschieden, wo diese Stelle angebunden werde.

RM Herr Detjen sagt, die Zeit, die man diese Vorlage geschrieben habe, hätte man nutzen können, um mit den Willkommensinitiativen zu sprechen und zu schauen, ob diese Bedarfe nötig sind oder nicht. Dieses Zeitfenster sei vorhanden gewesen. Damit hätte man zumindest dieses Problem lösen können.

Auf die Berechnungsmethode beziehungsweise seine Kritik gehe man gar nicht ein. Das Rechnungsprüfungsamt sehe das ebenfalls anders. Wenn man sich konkret die Einrichtung mit den 480 Flüchtlingen anschau – die Butzweiler Allee – da hatte man früher sechs Stellen. Jetzt seien es zwölf Stellen, aber nach seiner Berechnungsmethode müsse man 22 Stellen haben. Es sei möglich, dass die 22 Stellen zu viel seien, aber es wäre nötig gewesen darüber in den Dialog zu treten.

Des Weiteren verspiele man sich das Vertrauen des RTF, wenn man sich dann an Abmachungen, wie beispielsweise Zugeständnisse, die im Protokoll stehen, nicht halte.

Beigeordneter Herr Dr. Rau antwortet, man könne der Verwaltung nicht vorwerfen, dass sie nicht bzgl. des Personalschlüssels im Dialog gewesen sei. Die Verwaltung habe sehr häufig dargelegt, dass viele Bereiche des Sozialgesetzbuches mit genau

diesem Personalschlüssel umgesetzt werden, der hier angewendet werde. Dass man auch einen anderen Schlüssel anwenden könne, sei grundsätzlich möglich, sei in der Praxis auch weit über den Flüchtlingsbereich hinausgehend nicht üblich.

SB Frau Schmerbach fragt nach, ob sich nur die drei Bereiche Bürgerämter, Flüchtlingskoordinatoren und das Kommunale Integrationszentrum austauschen oder ob man auch die Willkommensinitiativen einbeziehe. Des Weiteren frage sie sich, wer konkret die Stadtgesellschaft sei.

Frau Rehberg teilt mit, dass diese drei Bereiche sozusagen der Kern seien, man die Gespräche jedoch größer und breiter aufstelle.

Mit der Stadtgesellschaft seien auch jegliche Träger, die beispielsweise einen Antrag stellen, gemeint.

RM Frau Heuser merkt an, dass der Ausschuss auch schon darauf hingewiesen habe, dass eine inhaltliche Weiterentwicklung mitbedacht werden müsse. Das müsse jetzt natürlich auch für die Einbindung der Akteure weiterverfolgt werden. Man müsse die Konzeption auf die Ist-Situation anpassen.

SE Frau Lerchner fragt, wie die Koordinierung der medizinischen Fachkräfte bisher erfolgt.

Beigeordneter Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold wiederholt den Appell, einen möglichst einstimmigen Beschluss zu fassen.

Er teilt RM Herrn Detjen bezüglich des Änderungsantrages mit, dass auch dieser sehr kurzfristig eingereicht wurde und bittet die Politik, ebenso wie die Verwaltung den Ausschussmitgliedern, einen gewissen Zeitrahmen zur Bearbeitung zu lassen.

Er fragt den Ausschuss, ob es eine Mehrheit gebe, wenn er diese Vorlage und der Änderungsantrag in die Beratungsfolge, somit den Rat, ohne Votum schieben wollen würde und anschließend ohne Ergebnis beraten würde.

Er stellt fest, er sehe nur Kopfschütteln und somit erhebe er dies auch nicht zum Beschlussvorschlag.

Beigeordneter Herr Dr. Rau fragt, wie es mit dem Beschluss aus dem Integrationsrat ausschaue.

RM Herr Klausning wirft ein, dass die Abstimmung bereits laufe und daher keine Redebeiträge zulässig seien.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold stimmt Herrn Klausning zu und antwortet, er könne nur über Vorlagen abstimmen lassen, welche in Session eingetragen und schlussgezeichnet seien. Da dies bei dem Beschluss des Integrationsrates nicht der Fall sei, werde über diesen auch nicht abgestimmt, sondern über die ursprüngliche Beschlussvorlage und verweist hierbei auf die Geschäftsordnung.

Er fügt hinzu, dass der Dezernent eine Fraktion dazu bitten könne, die Änderung als Änderungsantrag einzubringen. Eine andere Möglichkeit sehe er formal nicht.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:

Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

1. Der Rat nimmt die Umsetzung des verbesserten Betreuungsschlüssels auf 1:60 für folgende Objekte zur Kenntnis:

- alle errichteten Leichtbauhallen sowie
- alle Standorte, die mit sogenannten „Kojen“ und einer Gemeinschaftsverpflegung ausgestattet sind,

namentlich die Standorte Luzerner Weg, Hardtgenbuscher Kirchweg und Butzweiler Hof als Leichtbauhallenstandorte und die Standorte Friedrich-Naumann-Straße, Mathias-Brüggen-Straße, Robert-Perthel-Straße und Ostlandstraße als Unterkünfte mit Kojen und Gemeinschaftsverpflegung.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, an diesen Standorten die Betreuung bis zur Beendigung der Belegung auf mindestens 1:60 festzusetzen, darüber hinaus jedoch an allen weiteren Standorten an dem Betreuungsschlüssel 1:80 festzuhalten.

Hieraus resultieren jährliche Mehraufwendungen in Höhe von 640.000 €.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung folgender Maßnahmenpakete zur Stärkung des Ehrenamtes:

- a. Stärkung der Koordination des Ehrenamtes durch Finanzierung jeweils einer halben Stelle in folgenden Einrichtungen:
Hardtgenbuscher Kirchweg, Luzerner Weg, Butzweiler Hof, Herkulesstraße und Ringstraße; in Summe $5 \times 0,5 = 2,5$ Stellen

Stärkung der Koordination des Ehrenamtes durch Finanzierung jeweils einer viertel Stelle in folgenden Einrichtungen:

Mathias-Brüggen-Straße, An den Gelenkbogenhallen, zusammengefasste Standorte Hermann-Heinrich-Gossen-Straße und Max-Planck-Straße, Friedrich-Naumann-Straße, Eyselshovener Straße und Wilhelm-Schreiber-Straße, in Summe $6 \times 0,25 = 1,5$ Stellen.

Hieraus resultieren jährliche Mehraufwendungen in Höhe von 297.600 €.

- b. Stärkung zur Unterstützung des Ehrenamtes in jedem Bürgeramt durch Zusetzung jeweils einer 0,5 Stelle in der Bewertung Stadtoberinspektor BGr. A 10 Lg 2 LBesG NRW bzw. Verwaltungsbeschäftigte/r EG 9 c TVöD, in Summe $9 \times 0,5$ Stellen = 4,5 Stellen. Die entsprechenden Stellen werden zum Stellenplan 2018 eingerichtet. Um die sofortige Besetzung der Stellen sicherzustellen, werden bis zum Inkrafttreten des Haushalts 2018 verwaltungsintern Verrechnungsstellen zur Verfügung gestellt.

Hieraus resultieren jährliche Mehraufwendungen in Höhe von 361.600 €.

- c. Stärkung der standortübergreifenden Betreuung und Steuerung der Ehrenamtler durch Finanzierung einer halben Stelle bei freien Trägern und KABE-Mitgliedern, in Summe $9 \times 0,5 = 4,5$ Stellen

Hieraus resultieren jährliche Mehraufwendungen in Höhe von 334.800 €.

- d. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Ergebnisse der Umsetzung der neuen Ehrenamtsstruktur dem Sozialausschuss und dem Integrationsrat darzustellen.

- e. Ausbau und Pflege des digitalen Informationsportals von Wiku.

Hieraus resultieren jährliche Mehraufwendungen in Höhe von 11.300 €.

- f. Bereitstellung abrufbarer Zuschüsse zur administrativen Unterstützung von Willkommensinitiativen im Umfang von 10 Wochenstunden pro Initiative im Rahmen geringfügiger Beschäftigung.

Hieraus resultieren jährliche Mehraufwendungen in Höhe von 57.100 €.

3. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Optimierung der medizinischen Versorgung, insbesondere in den Notunterkünften und richtet hierfür eine Koordinierungsstelle für alle bisher in den Notunterkünften beschäftigten, medizinischen Fachkräfte ein. Darüber hinaus werden zwei weitere Stellen Gesundheits- und Krankenpflegekräfte zugesetzt, die auch über die Notunterkünfte hinaus bei besonderem Bedarf (akuten Erkrankungen, Impfkationen) in Regelwohnheimen und Beherbergungsbetrieben eingesetzt werden. Die Anbindung der 3 Vollzeitstellen erfolgt vorerst befristet für 2 Jahre beim Deutschen Roten Kreuz. Hieraus resultieren jährliche Mehraufwendungen in Höhe von 159.000 €.
4. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Evaluierung der getroffenen Maßnahmen in der zweiten Jahreshälfte 2018. Das Ergebnis ist den in dieser Vorlage beteiligten Fachausschüssen mitzuteilen.
5. Die jährlichen Mehraufwendungen, die sich aus dem Maßnahmenbündel zu den Ziffern 1-3 ergeben, betragen 1.861.400 €.

Der Rat beschließt zur Finanzierung der unabweisbaren Mehrbedarfe, die sich durch die Umsetzung des Beschlusspunktes 1 für das gesamte Jahr 2017 sowie der Beschlusspunkte 2-3 für die Zeit vom 01.08.2017 bis 31.12.2017 ergeben, im Haushaltsjahr 2017 überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen im Teilplan 0111, Sonstige innere Verwaltung, Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen in Höhe von 150.700 € und im Teilplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 998.300 €.

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen in entsprechender Höhe im Teilplan 0503, Weitere soziale Pflichtleistungen, Teilplanzeile 6, Kostenerstattungen und Kostenumlagen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sowie der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion DieLinke zugestimmt.

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke und der Gruppe Piraten zu 4.3 AN/0951/2017

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sowie der FDP-Fraktion, bei Enthaltung der SPD-Fraktion gegen die Fraktion DieLinke abgelehnt.

4.4 Ausweitung des Platzangebotes für von Gewalt betroffene Frauen (im Frauenhaus) 3804/2016

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold lobt die Verwaltung für die sehr ausführliche und gut gestaltete Vorlage.

RM Frau Hoyer lobt die Verwaltung ebenfalls und weist darauf hin, dass die personelle Ausstattung hier in Köln im Vergleich zu anderen Kommunen sehr viel besser sei.

SE Frau Maleki Balajou teilt mit, dass sie die Alternative bevorzugen würde, um die Qualität, die das Personal bietet, aufrecht halten zu können.

Sie könne sich auch nicht vorstellen, wie die Verwaltung darauf komme, dass eine hohe Fluktuation vorliege. Wenn man sich den Wohnungsmarkt in Köln ansehe, dann sei es für eine Frau mit Kindern nicht so einfach, schnell eine Wohnung zu finden. Dieser Vorgang kann hier in Köln schon Wochen oder Monate dauern, bis die Familie eine geeignete Bleibe finden könne.

Des Weiteren verweise man in der Vorlage auf die Jugendhilfe. Das sei eine andere Stelle für sie. Bis die Jugendhilfe im Frauenhaus angeboten werde, vergehe sehr viel Zeit.

RM Frau Heuser merkt an, dass zwei Stellen zugesetzt worden sind. Es sei nicht so, dass die Platzaufstockung bei gleicher Personalstärke geschehe.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen halte die Vorlage für sehr ausführlich und sehr gut verständlich. Der Vorschlag der Verwaltung werde begrüßt.

Die Kinder gehen meistens auch zur Schule oder zur Kita und auch Erzieherinnen erkennen, wenn ein Kind traumatisiert sei. Dies verlange sie auch vom Personal im Frauenhaus. Dieses müsse die Expertise haben, in solch einer Einrichtung zu arbeiten.

SE Dr. Dr. Mück ist aufgefallen, dass es um sehr junge Frauen, Kinder und Jugendliche gehe. Es sei aber auch bekannt, dass es Gewalt im Alter gebe.

Er fragt, wie die bisherigen Erfahrungen in der Altersstruktur seien und ob für die Bedürfnisse von Frauen über 50 vorgesorgt sei.

Beigeordneter Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

RM Herr Detjen erklärt, dass die Fraktion DieLinke die Akteure gefragt habe, welche Variante diese besser finden und diese hätten sich für die Alternative entschieden. Daher wünsche man eine separate Abstimmung über den alternativen Beschlussvorschlag.

RM Frau Hoyer fragt, wie man damit umgehe, wenn beispielsweise eine Mutter mit einem Kind unter 12 Jahren und einem Kind über 12 Jahren in das Frauenhaus wolle. Wolle man weiterhin die Möglichkeit eröffnen, Jungen über 12 Jahre in die Einrichtung zu lassen.

Frau July antwortet, dass es eine Bedingung gewesen sei, eine Frau mit einem Jungen über 12 Jahre aufzunehmen. Das habe man früher nicht gekonnt.

Die Planungen sähen jetzt 1-Zimmer- bis hin zu 3-Zimmer Wohnungen. Diese könne man unterschiedlich belegen. Grundsätzlich seien ganz unterschiedliche Konstellationen der Besetzung möglich – natürlich abhängig davon, welche Räumlichkeiten gerade frei seien. Je nachdem könne es auch zu einer Nichtaufnahme kommen. Dieses Problem habe man jetzt aber auch. Aber das Raumkonzept sei sehr umfangreich und vielfältig ausgestaltet.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:
Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Realisierung des Neubaus des 1. Frauenhauses mit insgesamt 16 Plätzen für Frauen und max. 18 Kinder. Darüber hinaus beschließt der Rat einen einmaligen Investitionszuschuss für die Erstausrüstung des Frauenhauses in Höhe von 85.839 €.

Alternative (Vorschlag des Trägers):

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Realisierung des Neubaus des 1. Frauenhauses mit insgesamt 16 Plätzen für Frauen und max. 14 Kinder. Darüber hinaus beschließt der Rat einen einmaligen Investitionszuschuss für die Erstausrüstung des Frauenhauses in Höhe von 85.839 €.

Abstimmungsergebnis:

Alternative:

Mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DieLinke **abgelehnt**.

Verwaltungsvorlage:

Einstimmig **zugestimmt**.

4.5 Benennung der Vertreterin/des Vertreters und deren Stellvertretung für den Betriebsausschuss der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "aKDn-sozial" 1022/2017

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:
Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

Als Vertreter der Stadt Köln wird für den **Betriebsausschuss** der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung **aKDn-sozial** benannt:

Herr Michael Schoos, Amt für Informationsverarbeitung

und als seine Stellvertreterin **Frau Birgit Woltmann**, Amt für Soziales und Senioren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4.6 Sachstand zur Entwicklung eines Kommunalen Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms für Langzeitarbeitslose 1691/2017

RM Herr Detjen fragt, ob hier Haushaltsmittel eingeplant und ob die schon in der Planung enthalten seien oder dies beabsichtigt sei. Außerdem interessiert es ihn, ob 1-Euro-Jobs ausgeschlossen seien.

RM Frau Schultes sagt, dass für die Ausstattung der Beschäftigungsförderung kommunale Finanzmittel vorgesehen seien. Dies seien Mittel für Sachzuwendungen. Sie fragt, ob es auch personenbezogene Förderungen gebe oder bestehe die Absicht, hierzu nur die Fördermöglichkeiten der Agentur für Arbeit und des Jobcenters mit einzubeziehen.

RM Frau Heuser zitiert aus der Mitteilung, dass ein externer Auftraggeber zur Erstellung des Handlungskonzeptes herangezogen wurde. Sie fragt nach, wer dies sei und was dies gekostet habe. Außerdem interessiert sie, was und in welcher Höhe denn für den Haushaltsplan angemeldet werde. Sie fragt, ob man bereits zu der Entwicklung des Konzeptes etwas sagen könne.

Beigeordneter Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung der finanztechnischen Fragen zu.

Herr Wagner antwortet, dass integraler Bestandteil des Programmes die personenbezogenen Fördermöglichkeiten seien. Das werde eingeplant und sei dann eine Individualförderung.

SB Herr Dr. Schulz fragt, ob das heiße, dass in der derzeitigen bekannten Finanz- und Integrationsplanung keine Mittel vorgesehen seien, sondern es sich um Mittel des Jobcenters handele.

Herr Wagner teilt mit, er spreche ausschließlich von Haushaltsmitteln des Jobcenters, nicht von der Stadt Köln. Im Haushalt des Jobcenters seien Haushaltsmittel für Einzelförderungen vorgesehen. Die können in das Programm einfließen.

Frau Eggeling fragt, ob es das Konzept zur Ansicht gebe.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold teilt mit, dass dieses zur Ratssitzung im September 2017 laut der Verwaltung vorgelegt werden solle. Es sei noch in der Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Sachstandsmitteilung zur Kenntnis

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**4.7 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017
1766/2017**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:
Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

Im Haushaltsplan 2016/2017 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Leistungen und interkulturelle Hilfen, unter Zeile 15, Transferleistungen sind für 2017 Mittel für Antirassismus-Training 2017 in Höhe von 10.000 € veranschlagt. Darüber hinaus sind Mittel aus dem „Integrationsbudget“ gemäß Ratsbeschluss vom 20.12.2016 (Vorlage 3686/2016) in Höhe von 40.000 €/Jahr für Antirassismus-Training zu verwenden, so dass insgesamt 50.000 € für die Förderung von Antirassismus-Projekten zur Verfügung stehen.

In seinen Sitzungen am 04.04.2017 und am 18.05.2017 hat der Rat beschlossen, aus diesen Mitteln insgesamt 17.765 € an vier Projektträger zu vergeben.

Der Rat beschließt, aus den verbliebenen Mitteln in Höhe von 32.235 € in einem dritten Schritt Mittel in Höhe von 16.960 € an Träger von drei weiteren Projekten gemäß Anlage 1 zu vergeben.

Die verbleibenden Mittel in Höhe von 15.275 € werden in weiteren Schritten vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4.8 Zuschuss an den MachMit! e.V. zur Schaffung und Bereitstellung von Wohnraum für von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen 1059/2017

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4.9 Bürgerzentrum Alte Feuerwache - Baumaßnahme "Ertüchtigung der Wagenhalle" im Rahmen des Sonderprogramms NRW "Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen" hier: Beschluss Kostenerhöhung 0070/2017

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4.10 Ausbau der Kommunalen Integrationszentren NRW durch das Land 1100/2017

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

7 Wohnen

7.1 Anfragen und Beantwortungen

**7.2 Öffentlich geförderter Mietwohnungsbau
Verlängerung des Zinsmoratoriums 2016/2017 um fünf Jahre bis 2022
1131/2017**

**7.3 Wohnberechtigungsschein - Reduzierung der Dringlichkeitsstufen
1618/2017**

SE Frau Lerchner fragt nach, ob man nach Ausstellung eines WBS noch einmal nachprüfe, ob die Gründe für einen Wohnungsberechtigungschein noch vorliegen.

Frau Adams antwortet, dass dies nicht mehr überprüft wird, nachdem vor Jahren die Fehlsubventionsabgabe abgeschafft wurde. Bei öffentlich geförderten Wohnungen werde auch mangels Kapazitäten eine Überprüfung nicht vorgenommen.

8 JobCenter Köln

8.1 Anfragen und Beantwortungen

8.2 Bericht des Jobcenter Köln 1747/2017

SE Frau Hollmann sagt, dass bei dem Projekt „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ ein Coach für die Arbeitgeber und die Arbeitslosen vorhanden sei. Sie fragt hier, wie der Betreuungsschlüssel sei.

RM Frau Heuser fragt, ob das Model Jobbörse des DuMont Berufskollegs auch auf andere Stadtteile übertragbar sei.

SE Frau Lerchner fragt, woran es liege, dass die Anzahl der Integrationen, sowohl allgemein als auch bei der Joboffensive, zahlenmäßig recht deutlich unter denen des Vorjahres liegen.

SB Dr. Schulz sagt, dass die Förderlaufzeit des Projektes „MitArbeit!“ zum 31.05.2018 ende und fragt, ob es hier Bemühungen gebe, das fortzusetzen.

Herr Wagner antwortet, dass er die Beantwortung der Fragen bezüglich des Betreuungsschlüssels und des Modells Jobbörse dem Protokoll beifüge.

Tatsächlich liege man mit den absoluten Integrationen knapp unter denen des Vorjahres. Man sehe aber an den bisher noch nicht veröffentlichten Zahlen, dass man etwas aufgeholt habe. Die Lücke gefährde aber nicht die Ziele des Jobcenters, hier werde man an der Quote gemessen. Das Ergebnis vom letzten Jahr sei schwierig zu erreichen, da 2016 das Jahr mit den bisher meisten Integrationen gewesen sei.

Es werde keine Verlängerung des Projekts „MitArbeit“ geben können, da dieses nicht verlängerbar sei. Allerdings gebe es im Jobcenter Überlegungen, inwieweit die Projektstruktur als Prozess in das Jobcenter übernommen werden könne.

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

9.1 Anfragen und Beantwortungen

9.2 2. Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln 1869/2017

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold wünscht sich zukünftig einen etwas komprimierten Bericht. Als Vorbild sehe er hier den 15. Flüchtlingsbericht, der mit weitaus weniger Seiten auskomme.

SE Frau Lerchner fragt, ob die EU-Aufnahmerichtlinie zwischenzeitlich in nationales Recht umgesetzt sei. In der Vorlage stehe, dass dies nicht der Fall sei, im Integrationsrat hingegen wurde gesagt, dass es sehr wohl schon nationales Recht sei.

Frau Adams lässt dies prüfen und berichtet dem Ausschuss.

RM Herr Detjen sagt, er wolle nur darauf hinweisen, dass seitens der Politik darum gebeten wurde, einen ausführlichen Bericht zu bekommen. Ein Großteil der Berichtsseiten seien anonymisierte Fälle. Er findet dieses Berichtssystem sehr gut.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

9.3 15. Bericht zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen 1893/2017

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold lobt den Bericht.

SB Frau Schmerbach sagt, dass sie sich die Flüchtlingsunterkunft Butzweilerhof angesehen habe. Sie wisse, dass keine neuen Leichtbauhallen mehr aufgebaut werden. Dennoch sei aufgefallen, dass dort kaum Privatsphäre vorhanden sei. Dort seien natürlich abgetrennte Räume, aber nach oben hin sei es offen. Die Begründung sei, wegen Brandschutz dürfe man dort keine Dächer auf die Wände setzen. Sie frage, ob man das nicht technisch so umsetzen könne, dass die Räume auch nach oben hin abgetrennt seien.

Des Weiteren herrsche schon seit längerem Unmut über die Matratzen. Diese seien viel zu dünn. Sie fände es wichtig, zu prüfen, ob man das nicht ändern könne.

Außerdem sei dort in der Diskussion die Frage aufgekommen, ob man nicht in den Unterkünften Möglichkeiten schaffen könne, dass die Menschen selber ihre Speisen kochen können. Dies sei beispielsweise durch das Aufstellen eines Küchencontainers möglich. Sie bittet darum, dies zu prüfen.

Außerdem rege sie an, bestimmte Wohnquartiere auch perspektivisch so zu schaffen, dass auch längerfristig Wohnungen mit Privatsphäre geschaffen werden. Letztes Jahr habe es seinen Flüchtlingsgipfel in Köln gegeben. Hier habe es sehr gute Vorstellungen zu Unterkünften gegeben, die in die Stadtteile integriert gewesen seien.

RM Herr Detjen fragt, wann der Ausschuss das nächste Mal eine Finanzübersicht bekommt.

Beigeordneter Herr Dr. Rau antwortet, dass sich dieser Teil auf die Spitzabrechnung beziehe, die die Stadt Köln für die Landesbeauschussung erstelle. Somit bekomme man fristgerecht eine Finanzübersicht und werde diese dann dem Ausschuss zur Verfügung stellen. Diese geschehe voraussichtlich im Herbst 2017. Die Fragen von SB Frau Schmerbach werde man schriftlich beantworten.

RM Frau Heuser vermerkt positiv, die Absicht der Verwaltung, ein Handlungskonzept zum weiteren Abbau von Notunterkünften mit Gemeinschaftsverpflegung zu erstellen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

10.1 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG hier: Stellungnahme der KVB AG vom 06.04.2016 und Urteilsbegründung des OLG Schleswig 1670/2016

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, dass die Vorlage mit TOP A zusammen behandelt wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.2 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG hier: Stellungnahme der Behindertenorganisationen und - selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur Stellungnahme der KVB AG vom 06.04.2016 - 1670/2016 1715/2016

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, dass die Vorlage mit TOP A zusammen behandelt wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.3 Mitnahmeverbot für E-Scooter bei der KVB AG 1745/2017

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, dass die Vorlage mit TOP A zusammen behandelt wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.4 Bericht des Behindertenbeauftragten 03/2017 1771/2017

SB Frau Schmerbach regt an, dass man die Punkte, bei denen die Stadt Köln beim Barriere-Barometer 2017 zum Schlusslicht gehöre, insbesondere im Hinblick auf Arbeitsplätze und Barrierefreiheit bei der Zukunftsplanung der Stadt berücksichtigen könne.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

11.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

11.1.1 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Vermittlungsstelle Seniorinnen- und Seniorenjobs" AN/0283/2017

Antwort der Verwaltung zu TOP 11.1.1 1107/2017

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

11.1.2 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Präventive Hausbesuche stärken" AN/0286/2017

Beantwortung einer Anfrage betreffend "Präventive Hausbesuche stärken" 0733/2017

RM Frau Heuser fragt mit Bezug auf Sprachbarrieren bei den Seniorenberatungsstellen, ob es denn hier überhaupt ausreichend Sprachkompetenz gebe.

Herr Woltmann teilt mit, dass man auf die Sprachen: Arabisch, Englisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Polnisch, Russisch, Spanisch und Türkisch zurückgreifen könne.

SE Herr Dr. Dr. Mück fragt, wie man denn an einen Berater gerate, der die entsprechend benötigte Sprache spreche.

Herr Woltmann antwortet, dass hier innerhalb der Seniorenberatung eine Koordination stattfindet. Wenn jemand einen besonderen Sprachbedarf habe, werde bezirksübergreifend organisiert, dass dieser zum Einsatz komme.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

11.1.3 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Einschränkung des gender- und kultursensiblen Beratungsangebots für erwerbslose Frauen" AN/0288/2017

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates der Fraktion Die Linke vom 09.03.2017:

**Einschränkung des gender- und kultursensiblen Beratungsangebots für erwerbslose Frauen
1199/2017**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**11.1.4 Anfrage der Piraten-Gruppe betreffend "Wie hat sich die Zahl der Abschiebungen aus Köln entwickelt?"
AN/0360/2017**

**Beantwortung einer Anfrage betreffend "Wie hat sich die Zahl der Abschiebungen aus Köln entwickelt?"
1195/2017**

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold lobt die Darstellung und Aufarbeitung der Vorlage.

RM Herr Detjen findet die Mitteilung beunruhigend. 2016 seien im gesamten Jahr 87 Abschiebungen vorgenommen worden, in den ersten beiden Monaten 2017 seien es bereits 41 gewesen. Wenn man dies hochrechne, komme man auf 246 Abschiebungen für das Jahr 2017. Dies sei eine Verdreifachung gegenüber 2016.

Er bittet die Verwaltung vierteljährlich eine Übersicht zu erstellen und dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

RM Herr Klausing schließt sich dem Wunsch nach einer vierteljährlichen Übersicht an und bittet darum auch darzustellen, wie sich die Zahl der Ausreisepflichtigen entwickeln und was die Hemmnisse einer Abschiebung seien.

Beigeordneter Herr Dr. Rau sagt eine Übersicht im festen Intervall zu.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.5 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Wohnraum für benachteiligte Personengruppen"
AN/0151/2017**

**Beantwortung einer Anfrage betreffend "Wohnraum für benachteiligte Personengruppen"
0483/2017**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

11.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

**11.2.1 Anfrage der Piraten-Gruppe betreffend "Widersprüche gegen Bescheide und Sanktionen des Jobcenters in Köln"
AN/0823/2017**

**11.2.2 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Detjen in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren am 27.04.2017 zu TOP 4.1 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2017
1703/2017**

SE Frau Maleki Balajou bedankt sich für die Beantwortung und bittet darum, diese auch dem Integrationsrat zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.2.3 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Selbsthilfeförderung im Wohnungsbau"
AN/0842/2017**

**11.2.4 Beantwortung der Anfrage von SE Frau Maleki Balajou zur Mitteilung TOP 12.11 Integration von geflüchteten Frauen in den Arbeitsmarkt (1271/2017)
1783/2017**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.2.5 Anfrage der Piraten-Gruppe betreffend "Wieso wird der Köln-Pass nicht automatisch versendet?"
AN/0929/2017**

**11.2.6 Problemimmobilien in Köln – was tut die Stadtverwaltung?
AN/0940/2017**

**11.2.7 Auswirkungen der Pflegestärkungsgesetze (PSG) I, II & III; hier: Beantwortung von mdl. Nachfragen zur Mitteilung 1187/2017 (Beantwortung der Anfrage AN/0279/2017)
1849/2017**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.2.8 Beantwortung einer mdl. Anfrage zur Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017 (1142/2017)
1812/2017**

SE Frau Lerchner bedankt sich für die Beantwortung und bittet darum, die Erfahrungsberichte zukünftig immer zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

11.2.9 Beantwortung einer Anfrage betreffend "Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende" 1927/2017

RM Frau Schwab fragt, ob es jetzt schon möglich sei einen Antrag zu stellen auf Unterhaltsvorschuss für Kinder ab 12 Jahren für diesen Monat. Dies sei in anderen Kommunen teilweise noch nicht möglich.

Wenn dies noch nicht möglich sei, ob es die Möglichkeit gebe, das rückwirkend für diesen Monat zu bekommen.

Wenn die alleinerziehenden Mütter, die vom Jobcenter Leistungen erhalten, erst beim nächsten Bescheid davon in Erfahrung gesetzt werden, dass sie nun Unterhaltsvorschuss bekommen könnten, sei es doch etwas spät. Gebe es hier die Möglichkeit auch früher zu informieren und gebe es auch die Möglichkeit, dass Mütter, die bisher keine Leistungen erhalten, aber nun welche bekommen könnten, per Brief zu informieren.

Herr Schumacher antwortet, dass jetzt schon Anträge gestellt werden können. Das Gesetz trete voraussichtlich zum 01.07.2017 in Kraft.

Momentan liege die Priorisierung bei Familien, die ausschließlich auf den Unterhaltsvorschuss angewiesen seien. Diese bekämen schnell Bescheid.

Die Beantwortung der anderen Fragen reiche man schriftlich zur nächsten Sitzung ein.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

11.2.10 Förderung von Wohnungen mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen und der Stadt Köln im Jahr 2016 (Mitteilung 0563/2017), Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren am 09.03.2017, ergänzende Mitteilung 1198/2017 zur Sitzung am 27.04.2017) 1967/2017

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

11.3 Mündliche Anfragen

11.3.1

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold trägt eine gemeinsame Anfrage von der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion DieLinke und der FDP-Fraktion vor:

„Am 14. April 2016 gab es im Sozialausschuss einen einstimmigen Beschluss für barrierefreie Ratssitzungen, der auf einem gemeinsamen Antrag (AN 0683/2016) aller demokratischen Fraktionen und Gruppen basierte.

11 Maßnahmen sollten dabei im Laufe des Jahres 2016 realisiert werden, zwei Maßnahmen nach Fertigstellung der Freiflächen rund um die Archäologische Zone.

Deshalb fragen wir:

- 1. Inwieweit sind die im vergangenen Jahr umzusetzenden Maßnahmen umgesetzt?*
- 2. Falls es zu Verzögerungen kam, wie begründen sie sich?*
- 3. Gibt es bereits Planungen, in die die Maßnahmen unter Punkt C eingeflossen sind?“*

Beigeordneter Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

11.3.2

SE Herr Dr. Dr. Mück teilt mit, dass er vom Vorstand der Kölner Tafel angesprochen worden sei. In Kalk gebe es keine Lebensmittelausgabestelle. Die Kölner Tafel selbst liefere die Lebensmittel aus, sei aber selbst keine Ausgabestelle. Dies übernehmen andere für sie, meist aus dem kirchlichen und sozialen Bereich kommend.

In Kalk habe die Tafel keinen Kooperationspartner gefunden.

Daher interessiere die Tafel die Armutsquote. Diese habe er beim Amt für Statistik erfragt und beantwortet bekommen:

Der Anteil der armutsgefährdeten Haushalte in ganz Köln liege bei 22% und in Kalk bei 34%. Man bitte seitens der Tafel, ob man von der Stadt Köln eine Unterstützung bekommen könne, eine Ausgabestelle zu finden und zu unterstützen.

Beigeordneter Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold weist daraufhin, dass es im Nachbarviertel Vingst eine Lebensmittelausgabe gebe, die von der Tafel beliefert und auch von Kalkern rege genutzt werde

11.3.3

SE Herr Dr. Dr. Mück spricht den barrierefreien Zugang zu Seniorenberatungsstellen an. Diese Beratungsstellen seien ein Erfolgsmodell, aber nicht alle seien barrierefrei zugänglich. Er bitte die Verwaltung, in Absprache mit den Wohlfahrtsverbänden, ob nicht alle Seniorenberatungsstellen barrierefreier gestaltet werden können.

Es gehe aber auch darum, dass die Stellen wahrgenommen werden. Einige Beratungsstellen haben ein sehr großes Schild mit dem entsprechenden Aufdruck, aber einige Beratungsstellen hätten dies auch nicht. Wenn solche Einrichtungen vorhanden seien, sei dies ein sehr preiswerter Hinweis und er bittet zu prüfen, ob man hier bei einigen Beratungsstellen nachbessern könne.

Beigeordneter Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

11.3.4

SE Herr Dr. Dr. Mück sagt, dass er angesprochen worden sei, dass ein Fitnessstudio seine Geräte an Schulen spenden wolle. Es konnte ein Teil vermittelt werden, ein an-

derer Teil jedoch nicht. Es kam die Überlegung auf, ob solch eine Spende nicht auch etwas für Flüchtlingseinrichtungen für junge Männer wäre. Hier sei die Frage, ob dies räumlich überhaupt in den Einrichtungen gehe und ob dies auch rechtlich machbar sei.

Beigeordneter Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

11.3.5

RM Herr Detjen fragt, ob es möglich sei, die Köln-Pässe für Senioren für einen längeren Zeitraum als ein Jahr zu vergeben, weil sich hier ja an der sozialen Situation der Seniorinnen und Senioren nichts mehr ändere.

Herr Santelmann antwortet, dass die Verwaltung dabei sei das zu prüfen. In der zweiten Jahreshälfte melde man sich mit dem Ergebnis.

12 Mitteilungen

12.1 Integration von geflüchteten Frauen in den Arbeitsmarkt 1271/2017

SE Frau Hollmann bittet Herr Wagner darum, diesen Bericht und die Ergebnisse bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Integration Point mit einfließen zu lassen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.2 Wege in Arbeit – Unterstützungsmöglichkeiten für Zugewanderte 1273/2017

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.3 Integriertes Handlungskonzept "Starke Veedel - Starkes Köln" Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung für den Sozialraum Meschenich und Rondorf 1420/2017

RM Frau Heuser fragt wofür „FÜN-Modell“ stehe.

SE Frau Blümel antwortet, dass dies für „Familie und Nachbarschaft“ stehe. Die Abkürzung sei FUN und FÜN sei wohl ein Tippfehler.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.4 Integriertes Handlungskonzept "Starke Veedel - Starkes Köln" Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung für den Sozialraum "Buchheim und Buchforst sowie Mülheim-Nord und Keupstraße" 1534/2017

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.5 KOMM-AN NRW Programm zur Förderung der Integration von Flüchtlingen in den Kom-

**munen und zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in
der Flüchtlingshilfe – Sachstandsbericht 2017
1862/2017**

RM Frau Heuser teilt mit, dass dieses Programm sehr erfolgreich sei. Sie wüsste gerne, ob vorgesehen sei, dies bei der neuen Landesregierung fortzusetzen. Das könne man von Seiten der CDU oder FDP an die neue Landesregierung herantragen, so dass es zumindest vorerst weitergefördert wird.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.6 Rucksack, Koordinierte Sprachförderung und Elternbildung, Fotodokumentation
1853/2017**

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

**12.7 Beantwortung der Anfrage des Integrationsrates vom 09.01.2017 -
AN/0029/2017
1553/2017**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**12.8 Beantwortung einer Anfrage der Piraten-Gruppe betreffend "Gewalt-
schutzkonzept für Kölner Flüchtlingsunterkünfte" - AN/0728/2017
1707/2017**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, die Vorlage unter TOP 9.4 zu führen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

Der Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung um 18:40 Uhr.

Paetzold (Ausschussvorsitzender)

Diener (Schriftführer)